

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.
Organ für Jedermann aus dem Volke.

Ercheint täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementspreis für Danzig monatlich 30 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abholstellen und der Expedition abgeholt 30 Pf. Vierteljährlich 90 Pf. frei ins Haus, 60 Pf. bei Abholung. Durch alle Postanstalten 1.00 Mk. pro Quartal, mit Briefträgergebühr 1.10 Mk. 40 Pf. Druckkosten der Redaktion 11-12 Uhr vorm. Reiterhägergasse Nr. 4. XVII. Jahrgang.

Verleihen - Kasse
Reiterhägergasse Nr. 4.
Die Expedition ist zur Aufnahme von Inseraten von 8 bis 10 Uhr mittags 7 Uhr geöffnet. Auswärtige Anzeigen-Konten in Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., Leipzig, Breslau, Dresden u. a. Rudolf Wölfe, Buchhändler und Verleger, A. Steiner & Co. Emil Reimer.
Inseratpreis für 1 Spalte 30 Pf. Bei größeren Aufträgen u. Berücksichtigung Rabatt.

Das billigste Blatt

in Danzig ist der „Danziger Courier“. Er kostet monatlich nur 20 Pfennig bei Abholung von der Expedition, Reiterhägergasse 4 und den Abholstellen. Für 30 Pfennig monatlich wird er täglich durch unsere Botenfrauen in's Haus gebracht.

Nordamerika und Spanien in handelspolitischer Bedeutung.

Der Wunsch, Cuba zu annektieren, ist in Amerika sehr alt; schon 1845 bot das Land Spanien 200 Millionen Dollars für die Insel. Die Erwerbungen Europas in Afrika und Asien haben in Amerika alle Wünsche neu belebt; augenscheinlich betrachten die Vereinigten Staaten Cuba als ersten Schritt auf dem Wege nach Nicaragua und Panama. Wie Russland einen Ausgangshafen in Asien erlangen mußte, so müssen die Vereinigten Staaten höhere Länder erwerben, um sich die Herrschaft über einen Kanal zu sichern, welchen sie vom Stillen Ocean nach dem Atlantic herstellen werden. Ein solcher Durchstich wird den Weg von San Francisco nach dem Südosten der Vereinigten Staaten von 13 174 auf 4907 Seemeilen und den Weg von der Ostküste nach Australien, Japan und China um 5000 Seemeilen verkürzen. Nur mit einem Kanal können die Oststaaten Europa in Asien Export-Concurrenz machen. In den letzten Jahren ist der Export der Vereinigten Staaten in Eisen und Maschinen enorm gestiegen, Fahräder von 1898 000 Dollars im Jahre 1890 auf 7 005 300 in 1897, Schmiedeeiserne Arbeiten von 471 800 auf 1 332 000, Stahlarbeiten incl. Stahlschienen von 666 000 auf 3 603 000, verschiedene Maschinen von 27 614 000 auf 29 444 000 Dollars. Amerika nach England, Deutschland, Belgien die größte Concurrenz. Russland hatte letztes Jahr einen großen Auftrag auf Maschinen; deutsche, englische und belgische Werke fürchteten die Annahme des Auftrages wegen der kurzen Lieferzeit. Amerika nahm ihn trotz weiterer Entfernung und hat ihn prompt ausgeführt.

Amerika hat im letzten Jahre die beste Getreideernte gehabt, deren Werth in Weizen allein auf 500 Millionen Dollars geschätzt wird gegen 445 Millionen Dollars der Ernte von 1896. Amerika hat vom 1. August 1897 bis jetzt für 160 Millionen Dollars Weizen nach Europa exportiert gegen nicht 80 Millionen im vorigen Jahre. Das Quantum ist 48 Millionen Bushel größer und die Preise sind 20 Cents höher. Durch diesen Export hat der Wohlstand der amerikanischen Landwirtschaft sich gehoben, es ist viel Geld ins Land gekommen. Der Zinsfuß war in New York ein sehr billiger und amerikanisches Geld fand auch im Berliner Geschäft Verwendung. Erste Berliner Bankiers haben Anfang des Jahres Tratten auf größte Hamburger Firmen gezogen und diese bei New Yorker

Banken discountirt, Anfang März wurden 25 Millionen Dollars als Bestand solcher Wechsel in amerikanischem Besitz geschätzt, einzelne Wechsel repräsentierten die staatliche Höhe von 1 Million Dollars. Die Berliner Bankiers zahlten in Amerika 1 1/2 Proc. Zinsen und erhielten in Berlin 3 Proc. und mehr. Jetzt werden die Gelder von Amerika zurückgefordert und Gold verlangt, der europäische Discount mußte daher anziehen.

Während die Vereinigten Staaten den großen Bedarf Europas an Getreide dieses Jahr hauptsächlich versorgten, mußten sie von Europa für 100 Millionen Dollars jährlich Zucker beziehen. Das kränkte sie und kein Gedanke lag näher, als der, den Zucker selbst zu bauen. Amerika-Continental-Boden scheint hierzu ungeeignet oder nur durch durchgreifende Wirtschaftsänderung zum Rübenbau tauglich und so erzeugt Amerika nur 500 000 To. Zucker.

Cuba dagegen ist das Land des Zuckers und des Tabaks. Von den 113 000 Quadratkilometern der Insel sind bis jetzt nur 11 000 Quadratkilometer angebaut und hiervon nur 3400 Quadratkilometer mit Zucker. Diese lieferten früher an Amerika eine Million Tonnen Zucker, die Hälfte des amerikanischen Bedarfs, jetzt erzeugt die devastierte Insel nur eine viertel Million. Nichts liegt amerikanischer Handelspolitik näher, als Pflanzungen in Cuba anzulegen und dort nicht nur den eigenen Zuckerbedarf zu gewinnen, sondern auch so viel Zucker zu erzeugen, daß Amerika von europäischer Zufuhr unabhängig werden, mit dem Welttheile concurren und auch den Zuckermarkt beherrschen kann; alle amerikanischen Pläne gehen in das Große, mit Kleinigkeiten giebt sich die Nation nicht ab. Unter spanischer Herrschaft auf Cuba Zucker zu bauen, wäre für Amerikaner nicht rentabel, denn Spanien versteht es, Zölle zu nehmen, also muß Cuba und wenn möglich — des Tabakbaues wegen — auch Puerto Rico annektirt werden. Die unumgänglichen Anordnungen des Generals Weyler, die traurigen Folgen dieser Concentrirung aller Einwohner ohne Vorkehrung genügender Nahrung auf Bahnstationen und in kleinen Städten haben zusammen mit der „Maine“-Katastrophe Amerika den Vorwand gegeben, sich einzumischen. Es will Krieg mit Spanien, um als Preis des erwarteten Sieges Cuba und wenn möglich Puerto Rico zu gewinnen. Es wünscht, daß Spanien den Krieg erklärt, denn wenn Amerika für die Unabhängigkeit Cubas eintritt, muß es später die Insel unabhängig erklären und das ist nach den Reden verschiedener Senatoren durchaus nicht das eigentliche Ziel der amerikanischen Politik. Wenn jetzt manche Zeitungen meinen, daß europäische Reiche die Angliederung Cubas an die Union in dieser oder jener Form verbieten werden, so sind das Luftballons; weder England, noch Deutschland und Frankreich werden Cubas wegen Krieg führen.

An der Art der Kriegführung, an der möglich geringen Belästigung des neutralen Handels haben die handelsreisenden Staaten je nach der Größe ihres Handels Interesse. Die „Times“ schlägt vor einiger Zeit das in England im maritimen Handel arbeitende Kapital auf 2000 Millionen Pfund Sterling, das Deutschlands auf 200 Mill., Frank-

reichs 264.7 Mill., Italiens 54.4 Mill., Spaniens 54.3 Mill., Oesterreichs 20.5 Mill. und das der Vereinigten Staaten 332.4 Mill. Pfund Sterling. England, Frankreich und Deutschland werden sorgen, daß ihre Schiffe so viel als möglich unbelaßt bleiben und daß die Blockade eines Hafens eine effective sein muß. Hierzu haben die Länder das Recht und dem Interesse ihrer Kaufleute gegenüber die Pflicht.

Deutschlands Hauptausfuhr nach den Vereinigten Staaten bestand 1896 (von 1897 liegen noch keine abschließenden Berichte vor) in den Hauptartikeln aus:

1408 To. Seidenwaaren	im Werthe v. 35.5 Mill. M.
8636 „ Wollfabrikate	51.8 „
4963 „ Papier, Bücher etc., Bilder	25.6 „
21447 „ chemische Fabrikate	22.8 „
636 „ Lederwaaren, Handschuhe	16.1 „
14482 „ Glas, Porzellan, Fayence	17.7 „
7568 „ Spielzeug	11.1 „
1655 „ Hüte, Haare, Felle	6.3 „
352 „ Kleider	5.3 „
196875 „ Cement	6.7 „
5455 „ Wein	4.5 „
6111 „ Bier	0.9 „
936 „ leinene Producte	4.6 „
772 „ Baumwollen-Producte	2.7 „
23826 „ Eisenwaaren	2.7 „
331 „ Porzellan	3.3 „
12812 „ Pumpen	1.9 „
1049 „ Hopfen	1.7 „

Dann als Hauptartikel:
11 697 To. Zucker in Brod, Candis i. M. v. 3.2 Mill. M.,
304 154 „ Rohzucker „ 65.2 „

Alle anderen Artikel waren unter 1 Million Mark. Nicht augenblicklich, aber nach einigen Jahren, nach Urbarmachung und Cultivirung Cubas, wird die dortige Zuckerproduction der deutschen Landwirthschaft die schärfste Concurrenz bereiten und der deutsche Absatz nach Amerika auf diesem Gebiete aufhören, und so interessiert das Schicksal Cubas die Landwirthschaft mehr als den Handel. Die Ausfuhr Deutschlands nach Amerika wird ungehindert fortbestehen, ob der Krieg sich rasch oder langsam entscheidet, ebenso die Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach Deutschland. Nur wird der ganze amerikanische Handel durch neutrale Schiffe bewirkt werden müssen; ihnen bietet sich lohnender Verdienst. Hamburger und andere Rheederen haben bereits Dampfer nach der Westküste der Vereinigten Staaten geschickt, um die Küstenschiffahrt, welche jetzt amerikanische Schiffe unterhalten, aufzunehmen.

Durch den Krieg dürfen von den Ausfuhrartikeln Deutschlands chemische Artikel in größerem Umfange verbraucht werden und für diese besseren Bedarf erzeugen, andere Artikel werden kaum beeinflusst werden. Kriegsartikel hat Amerika nicht aus Deutschland bezogen; sollte es jetzt solche haben wollen, so würde der Export dahin als nach einem Krieg führenden Staate unerlaubt sein.

Was Spanien anbetrifft, so hat dasselbe schon lange durch hohle Schutzhölle jeden größeren Ein- und Ausfuhrhandel vernichtet. Die Hauptausfuhr Deutschlands nach dem Lande bestand in 0.4 Millionen Mark Buntdruckbilder und Papier. Weiter sind 1896 dahin für 4 Mill. Telegraphenabgeliefert. Diese Ausfuhr diente zur Begung des Siemens'schen Abels und kehrt so wie so nicht wieder. Aus Spanien führte

Deutschland wenig Wein, Del, Südrüchte ein, deren Bedarf im Nothfalle aus vielen anderen Ländern gedeckt werden kann. Was viele Deutsche vermissen werden, sind Havanna-Cigarren. Hier von hat Deutschland 1896 161 Tonnen für 5.8 Millionen Mark von Cuba und Puerto Rico eingeführt. Dieser Ausfall kann nicht ersetzt werden. Vielleicht trägt der Krieg dazu bei, daß deutscher Tabak beliebt wird, er raucht sich gut, fagten unsere Vorfäter.

Der Durchschnittscours der spanischen Schuld war Anfang dieses Jahres ungefähr 60, März noch 61 bis 62, heute ist er 40. Ein Glück, daß in Deutschland spanische Papiere nie beliebt gewesen sind. Den größten Theil der Schuldmittel soll Frankreich besitzen, ein herber Ausfall für die Kapitalisten dieses Landes nach dem Panamahrah und anderen verfehlten Unternehmungen.

Spanien könnte das zum Kriege nöthige Geld leicht durch Verpfändung der Kirchengüter schaffen, hierzu wird aber die Kirche nie die Hand bieten. Als in seinem Nothjahre 1866 Oesterreich ein Darlehen von der Kirche verlangte, verweigerte sie dieses, gab aber großmüthig 200 000 Gulden für die Vermordeten.

Eine Frage, welche in einem Kriege zu entscheiden sein wird, betrifft die europäisch-amerikanischen submarinen Kabel. Darf eine Macht sie zerstören? Diese Frage haben (wie neulich an anderer Stelle schon erwähnt) eingehend, ohne jedoch zu einem Resultat zu kommen, englische Blätter erörtert. Jedenfalls bleibt Europa, auch wenn die direkten Kabel mit der Union unterbrochen werden sollten, über Kanada und Südamerika mit den Vereinigten Staaten verbunden und diese Leitungen dürfen nie zerstört werden.

Gegen die „Kriegsbrüllerer“

in der Union wendet sich mit aller Entschiedenheit die treffliche deutsche Zeitung in San Antonio, die „Freie Presse für Texas“, welche von Arthur Roofs (mütterlicherseits aus Danzig stammend) redigirt wird.

Das angelegene, unter den Deutschen des Südens der Union weitverbreitete Blatt schließt sich gegenüber der Thatsache, daß die Volksmehrheit den Krieg verlangt, entschieden der Minderheit an und führt dann mit Ernst und Nachdruck aus:

„Und das ist dasselbe Land und dasselbe Volk, dessen Congreß sich vor kaum Jahresfrist nahezu einstimmig für das Princip der Erziehung des massenmörderischen Krieges durch internationale schiedsgerichtliche Schlichtung ausgesprochen hat. Was ist denn inzwischen geschehen, um solch eine Sinnesänderung hervorzurufen? Ein statisches Kriegsschiff ist im Hafen von Havana das Opfer einer mysteriösen Katastrophe geworden. . . . Gebliebt es aber nicht eine ganze Anzahl solch mysteriöser Schiffs-katastrophen, deren Ursache nie ergründet worden ist, ohne daß man auf die Idee gekommen ist, daß dieselbe durch ein heimtückisches Attentat verursacht wurde? Entsetzt man sich nicht beispielsweise jenes räthselhaften Verschwindens eines spanischen Kriegsschiffes, das bei hellem Sonnenschein und ruhiger See von Gibraltar abfuhr, um die kurze Strecke nach Ceuta zurückzulegen, und von dem

Zwei Tage später reisten der Rector und seine Gattin mit Ibrahim ab. In Bordj Boura stiegen sie aus, um einen Tag zur Befestigung der Ländereien zu benützen, die ja noch ihnen gehörten, in kurzer Zeit aber als Preis für die Freilassung von Frau Balance geopfert werden sollten. Es war doch ein eigenes Gefühl für beide Gatten, wie sie auf einem Hügel standen, vor sich weite Korkeichenwälder und schöne Olivenhaine sahen und sagen durften, das gehört uns.

Der Rector gab auch dieser Empfindung Ausdruck, indem er bemerkte: „Ist es nicht eine wahre Sünde, daß wir diesen herrlichen Besitz sozusagen wegwerfen wollen!“

„Aber Gaston“, entgegnete die junge Frau etwas schmolend, „möchtest du am Ende gar deine Cécile abgeben und dafür die Wälder und Haine behalten?“

„Du Böse, wie kannst du solche Scherze machen! Aber ich möchte beides behalten, dich und die Ländereien.“

„Und ein so schweres Unrecht auf deine Seele lasten, daß man unschuldige Eingeborene betrügt, vergewaltigt und vielleicht sogar tödtet, weil wir uns nicht von dem Besitz, der uns an und für sich so unerwartet in den Schoß fiel, trennen und eine friedliche Lösung der sonderbaren Angelegenheit erzielen wollten. Glaubst du, daß du unter solchen Verhältnissen je des Reichthums froh werden könntest? Ich gewiß nicht. Ich dachte, an jeder Olive, an jedem Stück Aork klebe das Blut meiner Landsleute, die für ihr, durch meine Schuld verletztes Recht in den Tod gegangen sind.“

„Ja, ja. Es wäre wahrscheinlich, daß wir uns nicht in Ruhe des Besitzes erfreuen könnten. Aber schade um ihn ist es doch.“

„Lach es laache sein. Das Gefühl, recht gehandelt zu haben und unser ungetrübtes inniges Zusammenleben werden dir reichen Ersatz bieten.“

„Ich hoffe es.“

Damit sprachen sie nicht mehr von den Ländereien als von ihrem Besitz, sondern sie beschäftigten dieselben nur, um sich zu überzeugen, daß auch alles sich in ordentlichem Zustande befände, um es so gut als möglich dem Scheich Mahmed übergeben zu können.

(Fortsetzung folgt.)

Manjura.

Roman aus Algerien von Zanzara.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Du bist jetzt sehr erregt, Cécile. Ueberlege dir einmal ruhig den Schritt, den du beabsichtigst. Du kennst von den Arabern wenig, weder ihre Rechtsanschauung noch ihre Denkweise, noch ihre Religion u. s. w. Gehe! Mahmed wäre ein Fanatiker. Dann ist es gar nicht ausgeschlossen, daß er dich mit Gewalt zurückhält, weil er es eben für Recht ansieht. Schon mancher Mann hat seiner Rechtsanschauung nicht nur Stand und Vermögen, sondern sogar Freiheit und Leben geopfert und gerade die Moslems sind in dieser Beziehung sehr charakterfest, weil ihre Religion klar ist, und weil sie an das Fatum glauben. Wenn dies nun der Fall wäre, was könnten wir dann machen?“

„Glaube mir, Gaston, du verkennt den Scheich. Ein Fanatiker ist er nicht, sonst würde er keine Christin beanspruchen. Daß er richtig denkt, hat er bewiesen und daß er uns nicht wie ein Räuber behandelt und gegen unseren Willen festhält, dafür sorgt denn doch die französische Macht, wenn er nicht selbst genug Achtung vor dem Gesetz hätte. Ich sehe also gar keine Gefahr in dem Versuch, sich persönlich an ihn zu wenden, glaube aber, daß durch ein solches Unternehmen die schwierige Frage am besten gelöst werden kann. Im allgemeinen spricht ja bei Naturmenschen das Gefühl weit lauter und entscheidender, als bei solchen, bei denen eine Ueberbildung die Regungen des Herzens den Forderungen des Verstandes unterordnet. Laß uns den Edelmut des Scheichs nur anrufen, und du wirst sehen, er wird durch das in ihn gestellte Vertrauen so gerührt, daß er unserem Vorschlag ohne viel Widerstand zustimmt. Wenn es dir auch etwas contre coeur geht, thu es mir zu Liebe, mein guter Mann. Mißglückt mein Versuch, dann kehren wir ja immer noch auf dem gleichen Standpunkt wie jetzt. Ich bin aber fest überzeugt, er gelingt, und dann haben wir doch die große Genugthuung, daß unser entscheidendes Auftreten ein schweres Unrecht verhütet, viele Unschuldige vor einem bitteren Loos errettet und uns selbst

innere Zufriedenheit und Ruhe als Lohn geschenkt hat.“

Bei den letzten Worten hatte ihre Stimme wieder eine solche Weichheit und einen so einsamwehnelnden Klang angenommen, daß er fast gegen seinen Willen zum Nachgeben bestimmt wurde, und als sie sich nun an ihn schmiegte, ihn streichelte und nochmals bittend sprach: „Nicht wahr, mein geliebter Mann, du gehst mit mir zum Scheich Mahmed?“ da ward auch bei ihm das Herz mächtiger als der Verstand, und er gab nach.

„Nun gut. Ich will Deinen Wunsch erfüllen. Aber ich bezweifle, daß er uns zum gewünschten Ziele führen wird.“

„Er wird es. Vertraue auf die Schlaueit deiner Frau. Das soll mein schönster Lohn sein, daß Unrecht verhütet wird und ich noch dazu mir die Anerkennung meines einzigen Gasten errungen habe. Nimm meinen herzlichsten Dank für deine Zustimmung. Sie macht mich wahrhaft glücklich. Stolz aber werde ich sein, wenn es dem einfügen Aablenmädchen gelungen ist, den Frieden zwischen den armen, mit so schwerem Unheil bedrohten Eingeborenen und ihren mächtigen Ueberwindern zu erhalten, und nie werde ich es dir vergessen, daß ich diesen Erfolg deiner Mithilfe verdanke.“

„Wenn wir nur keinen Mißerfolg erleben!“

Ihre Rüsse verjagten seine Sorgen, und nach und nach gelang es ihrer Ueberredungskunst sogar, ihm ihre eigene Zuversicht einzufloßen und ihn immer mehr für den zu unternehmenden Versuch zu begeistern. Schließlich endete das Gespräch der Ehegatten mit den Worten des Rectors:

„Du bist eben wieder Manjura, die Siegreiche. Uebermorgen reisen wir nach Biskra und suchen den Scheich Mahmed-ben-Mahsul.“

VIII.

Am anderen Morgen gelang es Frau Balance leicht, die letzten Bedenken ihres Gatten zu überwinden. Wer konnte auch der lebensmüden und klugen Frau widerstehen! Der Rector machte sich daher bald auf den Weg, dem Gouverneur seinen oder vielmehr seiner Gattin Entschluß mitzutheilen. Dem Beamten kam es gar nicht ungelegen, daß durch das persönliche Eingreifen des

Ehepaares eine endgültige Entscheidung seinerseits wieder hinausgeschoben wurde. Sein im Hause Balance geäußelter Plan war ja unter dem Druck der Ereignisse entstanden, und nun hatten die Worte von Frau Balance doch manche Scrupel in seinem Innern hervorgerufen. Nicht, daß ihn die Erkenntnis des beabsichtigten Unrechtes gegen die Araber berührt hätte. Dazu dachte er zu politisch. Aber er mußte damit rechnen, daß auch die Oppositionspresse, um ihn anzugreifen, ähnliche Einwendungen wie Frau Balance machen könnte. Selbst darum würde er sich noch nicht viel gekümmert haben, wenn er nur eines durchschlagenden Erfolges der gegen die Araber zu ergreifenden Maßregeln ganz sicher gewesen wäre. Wie aber, wenn trotz seiner Vorsicht die Expedition gegen den Scheich Mahmed und die Lösung der alten Verträge zu einem allgemeinen Aufstand der Eingeborenen führen würde und dadurch der Regierung große Opfer erwachsen würden! Manche derartige Erfahrung hatte die Geschichte Nordafrikas schon gegeben. So war ja auch aus der kleinen Unternehmung gegen die Araber in den Jahren 1880—81 der anfangs mit manchem Mißerfolg begleitete Krieg gegen Tunis entstanden.

Kurz, der Gouverneur hörte mit Freuden von dem beabsichtigten Unternehmen des Rectors und versprach sogar, ihm so viel als möglich zur Hand zu geben, damit er mit seiner Gattin die Reise in den Tiban möglichst gut und sicher unternehmen könne.

„Ich werde den Obersten Geoffroy, den Commandeur der in Biskra garnisonirenden Zuaven und Chasseurs d'Afrique, beauftragen, Sie durch Abgabe von Pferden u. s. w. zu unterstützen und Ihnen auch, wenn es nöthig erscheint, ein Begleit-commando zu stellen.“

Der Rector nahm diesen Vorschlag dankbar an und empfahl sich, nachdem er einen dreiwöchigen Urlaub für die zu unternehmende Reise erbeten und erhalten hatte.

Auch beim Generalsecretär verabschiedete er sich. Dieser erklärte, daß also von Seiten der Regierung nach der Benachrichtigung der Garnison Biskra keinerlei Schritte gegen den Scheich Mahmed geschähen, bis man nicht über den Ausgang des Versuches von Herrn und Frau Balance genaue Nachrichten erhalten habe.

man seitdem nie wieder etwas gesehen und gehört hat? Keine Menschenleue von der nach vielen Hunderten zählenden Besatzung jenes spanischen Truppentransportschiffes ist übrig geblieben, um über die Katastrophe zu berichten. Niemand weiß, wo der Schiffskoloss auf dem Meeresgrunde ruht, so daß keine Taucher hinabsinken und Aufzeichnungen über die Ursache der Katastrophe äußern können. Kann denn nicht auch im Falle der „Maine“ solch eine unkontrollierbare Zügelung des Zufalls der Katastrophe zu Grunde gelegen haben und soll es deshalb wirklich zum Kriege kommen?

Auf diese Kriegsbrüller kann man wohl das Wort anwenden: „Herr, vergieb ihnen, denn sie wissen nicht, was sie thun!“ Das heißt, wenigstens auf die Mehrzahl derselben, nicht aber auch auf diejenigen, welche sich zu Speculationszwecken einen Krieg herbeiwünschen, um bei einem solchen als Armee-Lieferanten oder auf sonst eine möglichst ergiebige Weise im Trüben zu fischen! O, es giebt allerlei merkwürdige Arten von „Patrioten“, und ebenso, wie es eine schwere Menge „Christen“ giebt, die ihre Frömmigkeit nur aus Geschäftsrücksichten betreiben, so fehlt es auch keineswegs an „Patrioten“, welche die patriotische Begeisterung als Maske für die Betreibung ihrer Einnahme-Zwecke benutzen. Ob es wohl überhaupt — etwa neben „Freiheit“ und „Religion“ — ein häufiger gemißbrauchtes Wort als „Patriotismus“ giebt?

Merkwürdig ist es übrigens auch, daß die sonst immer so demonstrativ zur Schau getragene Christlichkeit das amerikanische Volk nicht im geringsten davon abhält, gelegentlich auch eine recht unchristliche kriegerische Mordlust zu entwickeln. Und doch ist „der Krieg“ so etwa der directeste Gegenjah und Widerspruch zu Allem, was die christliche Kirche ihren Bekennern ans Herz legt.

Eine rühmwerthe Rolle spielt bei der gegenwärtigen Kriegsbrüllerei unser vortrefflicher Landmann Karl Schurz, der gar nicht müde wird, mit den sich haltenden Vernunftgründen zur Besonnenheit zu mahnen. Er kann sich das allerdings auch in höherem Grade erlauben, als irgend ein Anderer, denn die 40-jährigen Dienste, die er dem Lande als Bürger, General, Diplomat, Senator, Minister und allgemeiner Rathgeber geleistet hat, stellen ihn selbst den verblüfftesten nationalistischen Rassen gegenüber so ziemlich sicher vor der Verdächtigung des Mangels an Patriotismus und amerikanischem Geiste! Erst dieser Tage wieder appellirte Karl Schurz im Interesse der Erhaltung des Friedens an die Großmuth des amerikanischen Volkes. „Der Starke“, sagte er, „hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, großmüthig zu sein!“ Wer aber in diesem Falle der Schwache und wer der Starke ist, das unterliegt doch gar keinem Zweifel. Die Vereinigten Staaten verfügen über eine Bevölkerung von über 70 Millionen Menschen — Spanien zählt weniger als 20 Millionen. Den Vereinigten Staaten stehen unerschöpfliche materielle Hülfquellen zur Seite — Spanien ist finanziell ruiniert, wie ein Land nur ruiniert sein kann. Die amerikanische Union ist ein Land der jugendlichen Volkskraft, der üppigen Entwicklung, der frohenden Jugendfülle — Spanien gleicht dem Greise, der auf die stolze Vergangenheit seiner Jugendjahre pocht, aber sich vor Altersgebreiten kaum noch mühsam vom Bett zum Kronenstuhl und wieder zurückschleppen kann.

Wenn aber ein kraftstrophender Jüngling solch einen lendenlahmen Greis zu Boden wirft und demüthigt, wo liegt dabei der Ruhm?

Wozu aber die verwerrende Kriegsfurie entfesseln, wenn weder die absolute Nothwendigkeit dazu vorliegt und wenn weder materieller Gewinn, noch auch Ruhm und Ehre winken?

Wähten diese Mahnungen beherzigt werden. Aber freilich, wir würden mit nur zu viel Recht, sie werden übertönt werden von dem Gelärm der entfesselten Leidenschaften.

Politische Tageschau.

Damig, 20. April.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus erledigte am Dienstag nur die Interpellation betreffend die Besteuerung der Waarenhäuser.

Abg. Hausmann (nat.-lib.) eröffnet die Besprechung der Interpellation und giebt namens der National-liberalen die Bereitwilligkeit zu erkennen, an der Erhaltung der Selbstständigkeit der Kleinhandlung mitzuwirken, erklärt aber, die Umsatzsteuer sei gefährlich, lästig und ungerecht. Man solle die Großmagazine höher besteuern, aber nicht Erdrosseln.

Abg. Dasbach (Centr.) empfiehlt eine staatliche Umsatzsteuer, die durch eine Verabstimmung unter den Particularstaaten landesgesetzlich eingeführt werden könne.

Abg. Gotheim (freil. Vereinig.) warnt vor der Einführung von Zehnfachsteuern. Eine solche Umsatzsteuer sei geradezu socialistisch. Auf dem von der Regierung vorgeschlagenen Wege werde noch am ehesten etwas zu erreichen sein. Redner wies auf die schädliche Concurrenz der Beamten- und Offiziersvereine für den Kleinhandel hin, wovon freilich der Interpellant nichts erwähnt habe.

Minister Miquel bezieht Dasbachs Vorschlag als anprahlhabel und ermahnt die Communen, den Weg selbstständiger Regelung der Gewerbesteuerung einzuschlagen, da eine stärkere Belastung der Großbetriebe durchaus berechtigt sei. Komme man damit nicht zum Ziel, so werde zu erwägen sein, wie weit der Staat vorzugehen habe.

Abg. Arendt (freiconf.) befürwortet die Umsatzsteuer als einzigen Rettungsweg für das Kleinhandwerk und den Detailhandel.

Abg. Dieß (Centr.) erhofft eine Besserung lediglich von der Rückkehr zum Sunstzwang und von der Befreiung der Gewerbesteuer.

Abg. Winkler (conf.) äußert sich im Sinne des Interpellanten und auch.

Abg. Hahn (b. h. F.) vertritt den Standpunkt, daß die Frage nicht communal, sondern generell zu lösen sei, worauf schließlich

Minister v. Miquel nochmals für communale Besteuerung eintritt und ernstlich warnt, zu übertreiben und experimentell solche Dinge in die Welt zu schleudern, die dem kleinen Kaufmann nichts helfen und andererseits große Mißstände herbeiführen würden. Man möge die Regierung nicht zu unzureichend ermögenden Schritten drängen.

Mittwoch fand auf der Tagesordnung die Interpellation betreffend den Mangel an Dienströten und ländlichen Arbeitern in den Disprovinzen.

Im Abgeordnetenhaus kam Mittwoch die Interpellation Simula über den Arbeitermangel im Osten zur Verhandlung. Nachdem Abg. Simula die Interpellation begründet hatte, gab der Landwirtschaftsminister v. Hammerstein folgende Erklärung ab:

Die Regierung ist gewillt, wie bisher so auch ferner-

hin polnische, russische und galizische Arbeiter zuzulassen und da, wo ein Bedürfnis nachgewiesen ist, das Verbleiben ausländischer Arbeiter in den östlichen Provinzen anfast bis zum 15. November in Zukunft bis zum 1. Dezember zu gestatten. Wenn auch eine solche Zulassung noch nicht genügt, so ist die Beschäftigung anderer ausländischer Arbeiter zu erlauben. Die Regierung wird, um die Verwendung von Sträflingen, Corrigenden etc. bei den landwirthschaftlichen Arbeiten zu erleichtern, die betreffenden reglementarischen Bestimmungen einer Revision unterwerfen. Dem Bedürfnis nach Zulassung schulpflichtiger Kinder zu landwirthschaftlichen Arbeiten hat die Regierung schon jetzt Rechnung getragen und wird dies auch fernerhin thun. Ferner sind die Generalcommandos zuständig im Dienst befindliche Mannschaften zu dringenden landwirthschaftlichen Arbeiten, insbesondere zu Erntearbeiten, zu beurlauben. Begründeten Anträgen werden dieselben wie bisher Rechnung zu tragen bereit sein. Soweit es irgend das Interesse des Dienstes gestattet. Was die Bestimmungen betreffend die Mannschaften des Beurlaubtenstandes anlangt, so wird bei der Wahl des Zeitpunktes der Einberufungen das Interesse der bürgerlichen Berufskreise, insbesondere dasjenige der Landwirthschaft, möglichst berücksichtigt werden. Die Dienstvorschriften über Maréegeldern und sonstige Compensenzen der zur Einberufung kommenden Mannschaften werden revidirt und dahin gewirkt werden, die dem landwirthschaftlichen Berufe angehörigen Mannschaften so schnell als möglich zu ihrem früheren Berufe in die Heimath zu bringen. Die Regierung wird im Bundesrathe die Vorlegung eines Gesetzes beantragen, wodurch das Gewerbe der Gesindevermiether und Stellenvermittler concessionspflichtig wird. (Beifall rechts.) Auch die Arbeiterwohnungsverhältnisse auf dem Lande bedürfen thunlicher Förderung und wir haben bereits das Nöthige mit den landwirthschaftlichen Interessenvertretungen in den Provinzen in die Wege geleitet. Es schweben Erwägungen, ob, wie weit und durch welche Maßregeln die Auswüchse des Rechts auf Freizügigkeit (Abg. Richter: hörr! hörr!), das an sich unberührt bleiben soll, eingeschränkt werden sollen. Um den beregten Mißständen vorzubeugen, dazu bedarf es aber auch der Selbsthilfe der Landwirthschaft, der dabei die Mitwirkung des Staates nicht fehlen wird. Endlich wird bei öffentlichen Arbeiten, um dem Arbeitermangel lokal vorzubeugen, auf die zeitweilige Heranziehung ausländischer Arbeiter Bedacht zu nehmen sein.

Die Vieheinfuhrverbote und die Fleischer.

Mit der geplanten Sammlung der extremen Agrarier und der Fleischer-Interessenten zu gemeinsamer Fernhaltung ausländischen Fleisches ist es nichts. Die Fleischer machen Front gegen die Vieheinfuhrverbote.

Die Commission, welche von den Schlächtereinnungen der deutschen Seestädte zur Bearbeitung der mit der Vieh- und Fleischeinfuhr verbundenen handelspolitischen Fragen eingeseht worden ist, erlät eine Erklärung, wonach die Verhandlungen des deutschen Fleischerverbandes mit dem Bund der Landwirthschaft gescheitert sind und der Fleischerverband den Antrag v. Mendel-Steinels-Ring auf das schärfste bekämpft. Selbstverständlich ist der Fleischerverband mit einer genauen gesundheitspolizeilichen Unterzuchung der besonders aus Amerika eingeführten Fleisch- und Fettwaaren einverstanden, er will sich auch die Einführung der obligatorischen Fleischschau gefallen lassen, vorausgesetzt, daß auch die ländlichen Viehhüter bei ihren Schlachtungen dem Zwange unterworfen sein sollen, was der Antrag Mendel nicht will. Der deutsche Fleischerverband aber besteht auf der Aufhebung der Viehsperre. Nur die Grenzsperre gegen die Einfuhr lebenden Schlachtviehs, heißt es in der Erklärung, habe den jetzigen unhaltbaren Zustand in der Fleischversorgung Deutschlands herbeigeführt. In diesem Punkte stehen sich die agrarischen Interessen und die der Fleischer diametral gegenüber. Das Ideal der ersteren wäre die Erweiterung der Grenzsperre gegen die Einfuhr lebenden Schlachtviehs und die Erleichterung der Einfuhr ausgeschlachteten Fleisches. Dann würden sie die Preisbildung auf dem inländischen Markte ausschließlich beherrschen. Die Erklärung des deutschen Fleischerverbandes legt auch dar, daß die Durchführung des Antrags Mendel, d. h. die beabsichtigte einseitige Erleichterung der Einfuhr von Fleisch und Fleischwaaren dem deutschen Volke die Fleischmahrung sofort um 30 bis 40 Procent vertheuern würde, ohne daß hierdurch den Fleischern irgend welche Erleichterung in ihrem Existenzkampf geboten würde. Der Fleischer als Vermittler zwischen den Produzenten und den Consumenten hat als solcher an der Höhe des Preises kein Interesse, da ihm nur der Unterschied zwischen dem Preise des Viehes und des Fleischpreises zu gute kommt. Der Fleischer ist also an höheren Viehpreisen nicht direct interessiert, vor allem schon deshalb nicht, weil die Höhe der Fleischpreise zur Einschränkung des Consums führt.

Als Vorpann für die extrem-agrarischen Bestrebungen ist sonach der Fleischer nicht zu brauchen.

Frontwechsel Ahlwardts.

In Ahlwardts Wahlkreise Arnswalde-Friedeberg ist der Oberamtmann v. Ring-Düppel als agrarischer Candidat aufgestellt worden. Das hat eine überraschende Wirkung gehabt. Herr Ahlwardt, der sich in dem Wahlkreise, den er seit 1892 im Reichstage vertritt, bedroht fühlt, hat schleunigst Front gegen den Antrag Rönitz und die Vieheinfuhrverbote gemacht, die, wie er in einer Friedeburger Rede, behauptete, nur den Großgrundbesitzern Vortheil brächten. Die „Deutsche Tagesztg.“, die bisher den Abg. Ahlwardt so viel als möglich schonte, macht nunmehr offen Front gegen den Concurrenten und giebt sich die Mühe, seine Rede im einzelnen zu kritisiren. Bekanntlich hat Ahlwardt auch die Aufgabe übernommen, dem Abg. Richter in seinem Hagener Wahlkreise aus dem Felde zu schlagen. Nicht uninteressant ist auch, daß die „Deutsche Tagesztg.“ den Beweis für die Behauptung Ahlwardts vermisst, die Conservativen verlangten eine Erhöhung des Getreidezolles auf 8, 10 oder noch mehr Mark. Als im Abgeordnetenhaus ein freisinniger Redner die gleiche Behauptung aufstellte, wurde auf der Rechten „sehr richtig“ gerufen.

Ahlwardt hat sich übrigens der „D. Tagesztg.“ zufolge in der betreffenden Wahlversammlung in Friedeberg in Verunglimpfungen des Andenkens des Kaisers Friedrich in nicht wiederzugebenden Worten gefallen und auf die ihm hierüber gemachten Vorwürfe sich vergebens herauszureden versucht. Nach der „D. Tagesztg.“ erklärte Herr Ahlwardt u. a., ihm sei niemand an Kenntniß der Weltgeschichte überlegen, ihm allein sei die Annahme der Marinemoralge zu danken, seiner Anregung im Reichstag folgend hätten die Franzosen eine Besteuerung der Waarenhäuser eingeführt. Die ganze Welt blicke auf den Wahl-

kreis Friedeberg-Arnswalde. Seine Wiederwahl werde ein weltgeschichtliches Ereigniß sein!

Das nahende Ultimatum.

In dem spanisch-amerikanischen Drama hat, wenn nicht alles trügt, die letzte Scene unmittelbar vor der Katastrophe begonnen. Heute ist die Frage nur noch die: Wann wird die Union ihr Ultimatum an Spanien absenden und welchen Zeitraum zu seiner Erfüllung wird es Spanien lassen? Und bei diesen Fragen handelt es sich nur um kurze Fristen, bei der ersten wohl nur noch um Stunden, und leicht kann es geschehen, daß die Frage schon beantwortet ist, noch ehe diese Zeilen den Druck verlassen haben und den Lesern zu Gesicht gekommen sind.

Die Congressresolution läßt zwar die Frage nach der künftigen Gestaltung der cubanischen Verhältnisse in der Schwebe, sie autorisirt aber und weist den Präsidenten an, sofort einzuschreiten, um den Krieg auf Cuba zu beenden, und ferner autorisirt und ermächtigt sie ihn, die Land- und Seestreitkräfte der Vereinigten Staaten anzuwenden, um den Zweck des Congressbeschlusses auszuführen. Nun war Mac Kinley geneigt, diese Worte so auszulegen, daß es seinem Ermessen überlassen bleibe, wann und wie er sie zu gebrauchen habe. Dies konnte den letzten Friedenshoffnungsanker bilden. Aber es scheint kein Halten mehr zu sein auf der nun einmal betretenen schiefen Bahn. Es hilft kein Widerstreben mehr. Die Kriegsurie erhebt immer höher ihr Haupt. Der Kriegslärm tönt immer lauter und drohender. Die Katastrophe naht. Gedrängt von der Mehrheit der öffentlichen Meinung, gedrängt vom Congress und dem Ministerium wird heute Vormittag Mac Kinley die Congressresolution und das Ultimatum unterzeichnen. Dann sind die eisernen Mörser im Rollen.

Folgende Drahtmeldungen gingen uns heute zu aus der Union:

Washington, 19. April, Abends. (Tel.) Mac Kinley wird morgen Vormittag die Resolution und das Ultimatum unterzeichnen.

Der Ministerrath beschloß, das Ultimatum zu redigiren. Wegen der Spanien zu gewährenden Frist ergaben sich jedoch Meinungsverschiedenheiten. Einige Minister sind für 24 Stunden, andere für 48 und Mac Kinley ist für 3 Tage.

Washington, 20. April. (Tel.) Wie es heißt, soll der Vorschlag einer Frist von zwei oder drei Tagen, welche Spanien zur Erfüllung des Ultimatus gewährt werden solle, damit erklärt werden, daß diese Frist nothwendig sei, um die Streitkräfte der Vereinigten Staaten zum Vordringen gegen einen cubanischen Hafen bereit zu machen. Die Regierung mündet nämlich, daß ein solches Vorgehen sofort nach der Weigerung Spaniens, das Ultimatum zu erfüllen, erfolge. Das allgemeine Vorrücken der Truppen nach den Mobilisierungscentren des Südens, gemäß dem Befehl vom 15. April, hat gestern überall begonnen.

Der Kriegsminister beschloß zunächst, 80 000 Mann Milizen einzuberufen.

Die Directoren der nationalen Organisation der freiwilligen Reserve haben an den Präsidenten Mac Kinley geschrieben und ihm angeboten, 400 000 Mann im gegebenen Augenblick aufstellen zu wollen.

Washington, 20. April. Im Senat wurde gestern ein Plan des Kriegsministers vorgelegt, nach welchem die nationalen Streitkräfte in zwei Theile getheilt werden; nämlich reguläre Truppen und Freiwillige. Letztere sollen nur für die Dauer eines Krieges oder wegen eines drohenden Krieges aufgerufen werden. Die Dienstzeit soll drei Jahre dauern, es sei denn, der Krieg würde schon früher beendet. Alle wehrfähigen Leute im Alter von 18 bis 45 Jahren bilden die nationalen Streitkräfte.

In Bezug auf eine Demonstration vor Havanna sind, wie der „Daily Mail“ aus New York gemeldet wird, allen amerikanischen Kriegsschiffen versiegelte Befehle zugegangen. Achtzehn Kriegsschiffe sind in Key-West zu sofortigem Dienst bereit.

Der Höchstcommandirende General Miles hat die Dienste des Obersten Cobb, des bekannten Büffeljähgers, angenommen. Derselbe erhält das Commando der aus Cowboys und Indianern rekrutirten Cavallerie-Streitwagen, welche die cubanische Invasionsarmee begleiten sollen.

Das Echo der Congress-Entscheidung in Spanien.

Wie vorauszusehen war, hat der Congressbeschuß der Union in Spanien nur die Wirkung gehabt, auch hier das Kriegsfeuer noch mehr zu entfachen und die letzten Grenzen zwischen den Parteien zu verwischen. Zeugniß dafür legen folgende Drahtmeldungen ab:

Madrid, 20. April. (Tel.) Der conservative Führer Silvela erklärte in einer Versammlung der Conservativen, daß er die Regierung unterstützen werde, deren Projecte er zu billigen anrät. Die Republikaner haben in einem Schreiben einen Appell an den Patriotismus Castellers, des Führers der Republikaner, gerichtet, sich an den parlamentarischen Arbeiten zu betheiligen. „Die Republikaner“, heißt es in dem Schreiben, „werden ihre Ueberzeugung zum Opfer bringen, um die Souveränität der Spanier auf den Antillen zu retten.“

Madrid, 20. April. (Tel.) In der gestrigen Versammlung der Mehrheit beider Kammern sagte der Ministerpräsident Sagasta, der Augenblick sei so ernst, daß Thaten, nicht Worte nöthig sind. Mit Verleumdung suche man die glorreiche Geschichte Spaniens zu beschmutzen. Spanien habe alles gethan, was möglich war, was die Ehre und Integrität des Vaterlandes erlaube, um den Krieg zu vermeiden. Jetzt gedanke man die Ehre Spaniens zu verlieren und sein Gebiet zu bedrohen. Das würden die Spanier niemals zulassen. Spanien werde kein Stück seines Gebietes nehmen, noch als Handelsgegenstand dienen lassen. (Begeisterter Beifall.)

Mit dieser letzteren Erklärung wird auch die Meldung eines römischen Berichterstatters hin- und hergeführt, wonach gegenwärtig noch Verhandlungen schweben, daß Spanien auf Cuba Verzicht leiste, aber eine angemessene Entschädigung empfangen.

Ueber die Rüstungen auf Cuba meldet eine Privatmeldung aus Madrid, daß die äußere Verteidigung des Hafens von Havanna vollendet ist und die Festungswerke ausreichend mit Geschützen und Mannschaften versehen sind. Desgleichen erhielten in aller Eile die offene Stadt Manajayes östlich von Havanna, sowie das im Südosten Cubas gelegene Santiago de Cuba Bel-

befestigungen, weil diesen Punkten voraussichtlich die Angriffe der von Key-West kommenden Amerikaner gelten würden. Außer den in den cubanischen Gewässern liegenden drei Kreuzern „Quendo“, „Biscaya“ und „Alfonso“ hat die spanische Regierung dort vier ungegütliche Kreuzer erster Klasse und sechs Aviso-Torpedojäger, dagegen in Puerto Rico sehr schwach verteidigt. Das bei Cap Verde vereinigte Geschwader, bestehend aus zwei Kreuzern und drei Torpedojägern, erwartet seine Befehle zwischen Cap Verde und Cuba.

Die Berliner Botenschaft der Vereinigten Staaten von Amerika theilt Folgendes mit:

„Die Botenschaft der Vereinigten Staaten hat innerhalb der letzten Tage zahlreiche Schreiben von Personen erhalten, welche in die amerikanische Armee oder Marine einzutreten wünschen. Denselben wurde seitens der Botenschaft erwidert, daß sie nicht ermächtigt sei, ihre Dienste anzunehmen oder irgendwelche Veranstellungen zu ihrer Beförderung nach den Vereinigten Staaten zu treffen. Zweifelloß würde sich im Falle eines Krieges jungen Leuten, die sich in Amerika aufhalten, eine Gelegenheit bieten, sich in New York oder einem anderen Sammelplatze für Rekruten einzuschreiben. Es ist aber nach den bestehenden Gesetzen für jeden Ausländer nicht möglich, im Dienste der Vereinigten Staaten Offizier zu werden, außer durch Beförderung aus der Front.“

Berlin, 20. April. (Tel.) Der „Loh.-Anz.“ hat von unterrichteter Seite erfahren, Spanien habe eine Anfrage nach Berlin gerichtet, ob man ihm aus den Beständen der Armee Geschütze verkaufen wolle. Anscheinend ist die gleiche Anfrage auch an andere Staaten ergangen. Hinzu-gefügt wird, daß man an den maßgebenden Stellen nicht gewillt ist, auf solche Gesuche einer der beiden kriegführenden Mächte einzugehen.

In Southampton lief am Sonnabend die Nachricht ein, die amerikanische Regierung habe außer den Schnelldampfern „St. Louis“, „St. Paul“ auch noch die Schnelldampfer „Paris“ und „New York“ der amerikanischen Linie gechartert zur Umwandlung in Kreuzer. Sehr bemerkt wurde in Liverpool am Freitag, daß der White-Star-Frachtdampfer „Boie“ unmittelbar vor der Abfahrt für New York 5000 Leemessford - Gewehre, 10 Maschinengewehre, 50 Krupp'sche Schnellfeuerkanonen und 200 Tonnen Munition elligt an Bord nahm. Die „Times“ mahnt, indem sie die Möglichkeiten bei Ausbruch des Krieges bespricht, das britische Geschütz vor Vorrath und zur Beachtung der Neutralitätsbestimmungen, erinnert an das Risiko der Ueber-tretung und warnt gegen zu leichtfertige Ueber-nahme der Ansicht, Spanien würde nicht wagen, deutsche oder englische Schiffe mit Kohlen oder Lebensmitteln anzuhalten.

Deutsches Reich.

Berlin, 19. April. Die Abgg. Gotheim und Richter von der freisinnigen Vereinigung und Wetekamp von der freisinnigen Volkspartei haben eine Interpellation eingebracht über die Gründe, aus denen die Genehmigung zur Errichtung eines Mädchengymnasiums in Breslau unterjagt worden ist.

— Gestern fand eine große Maurerverammlung statt, um Stellung zu nehmen zu den bevorstehenden Lohnkämpfen dieser Gailon. Es wurde beschlossen, beim Eintreten einer günstigen Con-junctur überall da Arbeitseinstellungen zu ver-anstalten, wo nicht ein Stundenlohn von 60 Pf. bei neunstündiger Arbeitszeit gezahlt werde. Außerdem wurde Abschaffung der Accord- und Sonntagsarbeit verlangt.

* [Zur Frage der Ueberdruckstempel in der Reichsdruckerei] schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“ gegenüber den in der Presse aufgelauchten Zweifeln: Es muß daran festgehalten werden, daß der aus dem Nachlaß eines Graveurs erworbene und dem Postmuseum zum Geschenk gemachte Ueberdruckstempel ein nachgebildeter gemessen ist. Diese Auffassung beruht nicht bloß auf der amtlichen Feststellung des ehemaligen Directors der Staatsdruckerei vom Jahre 1872 über die damals erfolgte Vernichtung der amtlichen Ueberdruckstempel, sondern sie wird durch die Thatsache unterstützt, daß im Nachlaß des Graveurs sich noch andere Stempel — und zwar zu ausländischen Postwerth-zeichen, welche niemals in der Staatsdruckerei oder Reichsdruckerei gedruckt worden sind — befunden haben, bezüglich welcher Stempel jeder Zweifel, daß sie nur Nachbildungen sind, ausgeschlossen ist.

* [Das Recht auf Ehe.] Vor dem zweiten Senat des Oberlandesgerichts in Frankfurt a. M. wurde am 15. April der Prozeß der ehemaligen städtischen Lehrerin, jetzigen Frau Persch, gegen die Stadt verhandelt. Frau P. klagte auf Ein-haltung ihres Anstellungsvertrages als Lehrerin, trotzdem sie sich verheirathet hat. Die Klägerin hatte in erster Instanz ein obfindendes Urtheil erstritten. Das Oberlandesgericht wies die gegen das Urtheil eingelegte Berufung der Stadt ab und gab der Klägerin Recht. Die preussische Ver-fassung habe den öffentlichen Lehrern die Rechte und Pflichten der Staatsdiener zuerkannt. Diese seien daher, sofern sie eine feste Anstellung erlangt haben, auf Lebenszeit angestellt. Diese Vor-schrift sei durch die Verordnung von 1867 in Frankfurt gültig. Sie gelte aber auch für Lehr-erinnen. Allerdings sei es zulässig, die Anstellung von Lehrerinnen auf bestimmte Zeit zu beschränken, aber dies nur durch einen ausdrücklichen Vor-behalt, den man der Klägerin gegenüber nicht gemacht habe. Ebenso wenig könne ein Verbleiben der Klägerin in ihrer Dienststellung ein stillschweigendes Unterwerfen unter die Be-stimmungen des neuen, nach ihrer Anstellung eingeführten Regulativs gefunden werden; denn die Klägerin, die einmal auf Lebenszeit angestellt gewesen sei, habe durch ihr Verbleiben im Dienste die hierdurch erlangten Rechte nicht aufgegeben. Auch der in der Bestallung vom 28. März 1882 enthaltene Vorbehalt, daß sich die Klägerin etwaigen künftigen Bestim-mungen über das Ausrücken in eine höhere Gehaltsstufe zu unterwerfen habe, sei ohne Be-deutung; denn jetzt handle es sich wesentlich darum, daß die Klägerin überhaupt keinen Gehalt mehr beziehen solle, während jene Bedingungen lediglich das Ausrücken in eine höhere Gehalts-klasse betroffen haben. Endlich sei die Anstellung der Klägerin auch nicht durch wesentlich ver-änderte Umstände (Heirath) hinfällig geworden. Die Heirath finde als Grund des Rücktrittes von einem Vertrag auf staatsrechtliche Verhältnisse eines Beamten zur Anstellungsbehörde keine An-

wendung. Es sei auch nicht anzuerkennen, daß das Verhältnis der Klägerin durch Verheiratung wesentlich verändert hätte; sie könne als Frau ihren Beruf als Lehrerin ebenso gut ausüben als früher. Das Vorhandensein von Kindern stehe der Thätigkeit der Lehrerin nicht im Wege.

Das ist, bemerkt dazu die „Frankf. Ztg.“, ein erfreulicher Entschluß. Dem einzigen Einwand, der etwa gegen verheiratete Lehrerinnen geltend gemacht werden könnte, daß nämlich die Mutterpflichten zeitweise eine Vertretung in der Schule nötig machen, kann durch den Hinweis begegnet werden, daß ja auch die Lehrer ab und zu durch militärische Dienstpflichten Wochen lang am Unterricht verhindert sind. Niemand aber denkt daran, etwa nur militärische Lehrer anzustellen.

Österreich-Ungarn.

Wien, 20. April. Gestern wurde eine Ministerial-Berordnung veröffentlicht, welche zur Vergütung der Einfuhr von San José-Schildläusen im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung die Einfuhr von lebenden Pflanzen, Pflanzensamen und Sämlingen, welche zur Verpackung derselben dienen, sowie die Einfuhr von frischem Obst und Obstbäumen, insofern die Untersuchung an der Einfuhrstelle das Vorhandensein der San José-Schildläuse constatirt, aus Amerika verbiethet. Der Ackerbauminister wird bezüglich der Pflanzeneinfuhrverbote ermächtigt, unter den erforderlichen Vorsichtsmaßregeln Ausnahmen zu bewilligen.

Frankreich.

Paris, 20. April. Das Kriegsgericht, das sich gestern sowohl als Körpergericht wie im Namen der einzelnen Mitglieder für den **Sola-Prozess** als Civilpartei anmeldete, machte bei der Staatsanwaltschaft in Versailles 29 Zeugen namhaft, darunter die Generale Boisbessière, Gonse, Pellicur und andere Offiziere, ferner Geschäftsvorfälle und schließlich andere Personen, denen seitens der Dreyfus-Partei ein Bestechungsantrag gemacht worden sein soll.

England.

London, 20. April. „Daily Telegraph“ meldet aus Assuan von gestern: Die Belagerung eines von Schand nach Dakota zurückgekehrten Anononbootes berichtet von einem Gefecht mit flüchtigen Heilen der Armee Mahmuds in der Nähe von El Alab am Nil (48 Kilom. südlich von der Mündung des Atbara, wo neulich die Schlacht stattfand). 200 Vermisste sollen dabei getödtet und 70 gefangen genommen worden sein.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 20. April.

Wetterausichten für Donnerstag, 21. April, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Wolkig, Regenfälle, kühl, lebhafter Wind. Sturmwarnung.

* [Danziger Schiffs „Baier“.] Die vorläufigen Besatzungsmannschaften für das auf der Schiffsbau-Werft umgebaute Panzerkreuzer „Baier“ treffen am 26. d. Mts. hier ein. Nach Absolvierung einiger Probefahrten soll das Schiff noch Ende dieses Monats unseren Hafen verlassen.

* [Manöver der Panzer-Anononboote.] Die Panzer-Anononboote-Division, diesmal nur aus den Schiffen „Mücke“ und „Natter“ bestehend, wird während der Sommermonate dauernd in der Danziger Bucht und zwar hauptsächlich westlich der Linie Neufahrwasser-Hela manöuvrieren.

* [Torpedobootbau.] Bei Bergung der neuen Torpedobootbauten wird die Schiffsbau-Werft in Elbing wieder die Hauptaufträge erhalten.

* [Herr Generalmajor v. Reichenstein.] Inspektor der 2. Fuß-Artillerie-Brigade, hat sich anderer Dispositionen zufolge zuerst nach Graudenz begeben und trifft erst am Sonntag, den 24. d. M., hier ein, am 25. und 26. d. M. das in Neufahrwasser stehende Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 2 zu inspizieren.

* [Herr Oberst Frisch.] Der neue Commandeur der 71. Infanterie-Brigade, ist gestern Abend hier eingetroffen und hat im Hotel du Nord Wohnung genommen.

* [Herbstmanöver.] Das diesjährige Herbstmanöver des 17. Armee-corps wird in den an hinterpommern angrenzenden westpreussischen Kreisen stattfinden. Die Danziger (36.) Division wird dabei hauptsächlich in den Kreisen Neustadt und Carthaus, die Graudenz (35.) Division in den südlich davon belegenen Kreisen operieren.

* [Behandlung der Azaleen im Zimmer.] Aus unserem Leserkreise wurde uns kürzlich eine Klage über Verkümmern sorgfältig gepflegter Azaleenbäumchen mit dem Bemerkung überfandt, daß ähnliche Erfahrungen vielfach von Blumenliebhabern gemacht würden, weshalb wir um öffentliche Raththeilung ersucht wurden. Wir wandten uns deshalb an einen bewährten Fachmann und geben nun dessen Auskunft nachstehend wieder:

Um Azaleen jährlich bei der Pflanze im Zimmer zum Anspenen und zum Blühen zu bringen, ist es notwendig, dieselben nach dem Abblühen jedes weite Jahr in Erde, der man etwas Sand zusetzt, mit Benutzung eines neuen Topfes Anfangs April oder etwas später zu verpflanzen, wobei die Erde des Ballens mit den Fingern etwas gelockert und die frische Erde mit einem Stößchen ziemlich fest eingedrückt wird. Die Erde muß man sich aus einer Gärtnerei beschaffen. Ein Besondere findet beim Verpflanzen nur dann statt, wenn einzelne lange Triebe vorhanden sind, welche man kühlt, um eine schlechte Form der Krone zu beseitigen, sonst wird nichts beschnitten. Nach dem Verpflanzen ist es gut, die Azaleen in einem sonnigen Wohnzimmer bei etwa 14° R. zu halten und an sonnigen Tagen 1-2 Mal mit lauwarmem Wasser zu besprühen, um die Pflanze zum baldigen neuen Triebe zu bringen. Begossen wird gleichfalls mit verkaltem Wasser, nicht zu wenig. Im Sommer ist es gut, einige Monate die Azaleen ins Freie zu stellen, wenn es sein kann in halbschatten, aber nicht unter Bäumen oder in Zugluft. Ende September stelle man die Pflanze in ein sonniges Zimmer von 6-8° R., nach Neujahr ins Wohnzimmer bei 14° R. Im kühlen Zimmer gießt man wenig, in einem warmen mehr. Hat die Pflanze im Sommer Anspen gemacht, wird sie dann im Februar oder März blühen.

* [Landesmelioration.] Als Termin zu der alljährlich im Oberpräsidium in Danzig stattfindenden Konferenz wegen Vertheilung der staatlichen und provinziellen Mittel zu Landesmeliorationen ist vom Herrn Oberpräsidenten

u. Gehlert dem Herrn Minister der 10. Mai vorgeschlagen worden. An der Konferenz nehmen auch diesmal Vertreter des Landwirtschaftsministers Theil.

* [Sperrung aufgehoben.] Nachdem die Daul- und Klauenfische unter dem Vieh in den Gütern Straßin und Rostochin erloschen ist, sind die im März angeordneten Sperremaßnahmen jetzt für den ganzen Umfang der Freile Danziger Höhe und Danziger Niederung vollständig aufgehoben.

* [Sommer-Rückfahrkarten nach den Vororten.] In der Zeit vom 1. Mai bis Ende September d. Js. werden außer an den Sonn- und Festtagen auch wieder an jedem Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend einjährige Rückfahrkarten 2. und 3. Wagenklasse zum einfachen Fahrpreise von Danzig und Langfuhr nach Oliva und Zoppot zur Ausgabe gelangen.

* [Begräbnis.] Gestern Nachmittag fand unter starker Betheiligung von Leidtragenden die Beerdigung des am Freitag Abend auf so tragische Art ums Leben gekommenen Kaufmanns Hugo Selke auf dem Kirchhofe der Gemeinde zu St. Petri und Pauli an der großen Allee statt. Mitglieder des Kaufmannvereins von 1870 und des Danziger Bürgervereins, letztere mit ihrer Vereinsmusik, geleiteten den mit Pflanzen und vielen prachtvollen Widmungsstränzen geschmückten Sarg ihres beliebten Vereinsgenossen zur Gruft. Die Cieretafel des Kaufmannvereins führte dort Trauergefänge aus. Die Grabrede hielt Herr Prediger Hoffmann.

* [Dentisten-Versammlung.] Die diesjährige Generalversammlung des Vereins norddeutscher Dentisten (Zahnkünstler) findet am 24. d. M. in Elbing statt. Vorstandschaft, wissenschaftliche Vorträge und Besprechungen über Standesangelegenheiten stehen auf der Tagesordnung.

* [Der Wohnungsmiether-Verein.] Verhandelte gestern in seiner Versammlung über die Wohnungssteuer. Herr Stadtrat Schmidt hielt ein einleitendes Referat und erklärte die Wohnungssteuer für die ungerechteste. Ein kleiner Geschäftsmann J. B., der 800 Mark Miete zahlte, mußte gegenüber einem reichen Manne, der 1200 Mark Miete zahlte, eine unvernünftige hohe Miete-Steuer entrichten. Ferner mußte der Miether den vollen richtigen Mietpreis zahlen, während der Vermieter sich nach eigenem Ermessen einschäen dürfte (woraan allerdings die Wohnungssteuer-Deputation nicht unbedingt gebunden ist). Es sei erklärlich, daß die Selbsterschätzung nicht zu hoch ausfallen würde. Ein Miethmann in Danzig sei, daß oft zwei Vierteljahrseinkünfte zugleich einkassiert würden und daß eine Erhöhung der Wohnungssteuer den Betroffenen nicht vorher mitgeteilt würde. Beides würde sehr wohl geändert werden. Ferner sei es nicht genügend, daß das Ausliegen der Heberregister nur im Intelligenzblatt bekannt gemacht würde. Nach kurzer Debatte wurde folgende Resolution, die dem Magistrat überandt werden soll, angenommen: „Die heute im „Raiferhof“ tagende Versammlung des „Danziger Wohnungsmiether-Vereins“ erklärt die Wohnungssteuer für eine der ungerechtesten der städtischen Steuern und ersucht den Magistrat in Erwägung ziehen zu wollen, ob dieselbe bei Aufstellung des nächsten Etats nicht in Fortfall zu bringen sei.“

* [Schulfeier.] Die hiesige städtische Bezirksschule der Augenwerke im Schwarzen Meer wird morgen Vormittag durch einen Festakt ihr 25jähriges Bestehen feiern.

* [Berichtigung.] Der Schneidergeselle Duske wurde von unbekannten Personen in der hiesigen Gasse angefallen und durch einen Schlag mit einem stumpfen Gegenstand in der Brust verletzt, daß er einen Asteibruch erlitt und das Stablazareth aufgenommen werden mußte.

* [Verhaftung.] Gestern wurde der Bäckergehilfe Sch. verhaftet, der in den Anlagen am Hakenwerk gegen ein kleines Mädchen ein rohes Attentat verübte.

* [Feuer.] Gestern Abend wurde die Feuerwehre nach dem Hause Breitgasse Nr. 12 gerufen, ohne indessen in Thätigkeit treten zu dürfen, da sich blinder Cärm herausstellte.

* [Veränderungen im Grundbesitz.] Es sind verkauft worden die Grundstücke: Breitgasse Nr. 3 von der Witwe Sch., geb. Tsch., an die Restaurateur Neubauer'schen Eheleute für 43250 Mk.; Rathgasse Blatt 23 von dem Oberleutnanten Schläpfer an den Zimmermeister Treder für 16000 Mk.; Langfuhr Blatt 591 von den Handelsgärtnern Raabe'schen Eheleuten an den Maurermeister Boeling und den Malermeister Reinhold für 50000 Mk.; Jägerkatenweg Nr. 7 und 8 von dem Commerzienrath Claassen an die Frau Kaufmann Domansky, geb. Wagemann, für 82000 Mk.

* [Petitionen.] Das soeben ausgegebene vierte Verzeichnis der beim Abgeordnetenhaus eingegangenen Petitionen enthält u. a. die folgenden: Kirchenrentenbank Rande in Elbing betreffend die Kirchenrentenpflicht der Jorenien. Rentengutsbesitzer Ferdinand Heine u. Gen. in Grammentorf bei Langenfelde i. Pomm. bitten um Erleichterung der Bedingungen, unter denen sie ihre Rentenlöhner übernommen haben, oder um Uebernahme derselben in Staatsverwaltung. Lehrer Spielt in Zoppot bittet um Zulassung als Hörer bei den öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung (§ 109 der Landgemeindeordnung). Kreisassessor, Magistrat, Stadtrat, Landtagsverfammlung und Vorsteheramt der Kaufmannschaft zu Memel bitten um Bewilligung der Mittel zur Wiedereinrichtung einer Navigationschule und einer Steueramtskassette dorthelbst. Bürgermeister Holz u. Gen. in Neuenburg bitten um den Bau einer Eisenbahn Schurz-Gardenberg-Neuenburg.

* [Unfall.] Durch den Eisbrechdampfer „Richard Damm“ sollten gestern sieben Oederhähne die Weichselstromaufwärts geschleppt werden. Zwischen Bohrschiff und Röhre kam es zu einem Zusammenstoß, wodurch ein Arbeiter tödtlich verletzt wurde. Der Unfall ereignete sich am 18. d. M. in der Nähe von Danzig, wo der Dampfer auf dem Eis festlief. Der Unfall ereignete sich am 18. d. M. in der Nähe von Danzig, wo der Dampfer auf dem Eis festlief.

* [Unfall.] Durch den Eisbrechdampfer „Richard Damm“ sollten gestern sieben Oederhähne die Weichselstromaufwärts geschleppt werden. Zwischen Bohrschiff und Röhre kam es zu einem Zusammenstoß, wodurch ein Arbeiter tödtlich verletzt wurde. Der Unfall ereignete sich am 18. d. M. in der Nähe von Danzig, wo der Dampfer auf dem Eis festlief.

* [Strafhammer.] Der in Neufahrwasser bei Herrn Conditor Kiebig verübte große Einbruch — es wurden 13170 Mk. gestohlen — fand heute vor Gericht sein Rathspiel. Herr Kiebig hatte sein Geschäft in Neufahrwasser seinem Nachfolger übergeben und war am Abend des 6. Februar d. Js. dabei beschäftigt, seine Möbel aus dem Erdgeschloß des Hauses nach oben zu schaffen. Unter diesen Möbeln befanden sich auch ein Schrank und in diesem verschlossen eine eiserne Kasse, in der Papiergeld im Betrage von über 700 Mk. und andere Wertpapiere und auch eine Hypothek enthalten waren. Alles dies hatte zusammen einen Werth von

13170 Mk. Am nächsten Morgen nach dem Umzuge entdeckte Herr C. zu seinem Schrecken, daß der Schrank entleert und die Kasse mit ihrem werthvollen Inhalt verschwunden war. Es wurde sogleich die Polizei benachrichtigt und Herr Commissarius Rohde ließ das Glos des Hauses untersuchen, in dem man auch die Kasse vorfand, allerdings entleert und ihres Inhalts beraubt. Ferner ließ Herr C. einen auf dem Hof stehenden Hausen Strauch untersuchen und hier fand sich, in ein Stück Seidenpapier gewickelt, das Papiergeld, während der Rest verschwunden war und blieb. Der Diebstahl konnte, da zwischen der That und der polizeilichen Untersuchung nur wenige Stunden lagen, nur von einem Hausgenossen ausgeführt sein und der Verdacht lenkte sich gleich auf den bei der Steuerverwaltung in Neufahrwasser beschäftigten Hilfssteueraufseher Gustav Somnich, gegen den sich bald schwere Indicien ergaben, so daß seine Verhaftung erfolgte. Er stellte seine Schuld recht lebhaft in Abrede und will von der ganzen Sache nichts wissen. S. hat den Diebstahl seinen Eheleuten bei ihrem Umzuge geholfen. Vor diesem Umzuge war das Verhören unvollständig und es ist den Befehlshabern aufgefallen, daß S. zweimal auffällig lange in den oberen Räumen verweilte, so daß er einmal schon heruntergerufen werden sollte, da man sich ein langes Verweilen oben nicht erklären konnte. Ferner pagte das Seidenpapier, in welches das gefundene Geld eingewickelt war, zu dem Seidenpapier, das man in seiner Stube fand. Von Bedeutung waren ferner die Aussagen zweier Hausgenossen, die gehört haben, daß S. Nachts seine Stube verließ und auf den Hof ging, was er bestritt. Daß Somnich bei dem Umzuge diebstahligen gehandelt hat, folgerte man daraus, daß man in der Wohnung des S., als man sie genauer untersuchte, vier Flaschen Cliquier fand, welche Herr C. auch als sein Eigenthum recognoscirte. Somnich hat diese bei dem Umzuge ebenfalls auf die Seite zu praticiren gemußt. — Aus diesen Indicien schloß der Gerichtshof trotz des Zeugens des Angeklagten, welcher bisher unbefehlten ist, die Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten und verurtheilte ihn nach dem Antrage des Staatsanwaltes zu 3 Jahr 1 Monat Zuchthaus, 5 Jahr Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Somnich blieb bis zum Schluß bei der Behauptung, daß er unschuldig sei.

* [Polizeibericht für den 20. April.] Verhaftet: 2 Personen, darunter 1 Person wegen Verbrechen gegen die Sittlichkeit, 1 Person wegen Trunkenheit, 6 Obdachlose. — Gefunden: 1 braune Pferdebede, 1 Eisenbahnmonatskarte auf den Namen Franz Daniel, 1 Damen-Glaschmuck, 1 Pfandchein, Fahrnummer 1481, am 17. März cr. 1 gestreifte Unterhose und 1 Hemde, abgehoben aus dem Fundbureau der königl. Polizeidirection, 1 Damenuhrenkette und 1 Marke, abgehoben von Kofalte Schröder, Mollauergasse 13. — Verloren: 1 schwarzer Regenmantel mit Weichseleinfassung, abgehoben im Fundbureau der königl. Polizeidirection.

Aus den Provinzen.

* Oliva, 20. April. Herr Pfarrer Arnn hierelbst feiert am 15. Mai d. Js. sein fünfzigjähriges Priesterjubiläum. In den zu seiner Pfarre gehörenden Dörfern trifft man bereits Vorbereitungen zu der Feier.

Elbing, 18. April. Wegen fahrlässiger Tödtung ihres Gemannes hat sich die Witwe Anna Behner aus Demera vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Am 20. Februar wurde auf Befehlung durch die unerschuldete Justine Joh eine Flasche mit Carbol-säure in das Haus der Angeklagten gebracht, welche von der Angeklagten in eine Cade des Schindes gestellt wurde. In der Mittagsstunde sei nun ihr verstorbenen Mann, der Besitzer Jacob Behner, ohne ihr Wissen an das Spind gegangen und habe nach Schnaps gesucht. Er habe die Carbol-säureflasche gefunden, und habe aus dieser in seiner Trunkenheit einen Schluck getrunken. Darauf sei ihr Mann in die kleine Stube zu ihr gekommen und habe ihr mitgeteilt, daß er Gift getrunken habe. Sie habe darauf sofort anspannen lassen und nach Herrn Dr. Gendreich in Elbing geschickt, der denn auch innerhalb einer Stunde erschienen ist. Behner behauptet als Sachverständiger, daß er den Verstorbenen bei seinem Eintreten in einem röhrenden und gänzlich bewußtlosen Zustande angetroffen habe, eine Einführung des Schindes sei nicht mehr möglich gewesen und bald darauf sei der Tod eingetreten. Auf Grund der Beweisaufnahme hielt der Gerichtshof die Angeklagte der fahrlässigen Tödtung für nicht schuldig und sprach sie frei. (Allp. 313.)

Graudenz, 16. April. Am 17. November 1896 befauden sich der Besitzer Wladislaus Symanski aus Elsen, der Besitzer B. und mehrere andere Gäste in einem Gasthause zu Elsen. Der Angeklagte und B. geriethen in Streit, weil B. zum Angeklagten gesagt haben sollte, daß seine Eltern auf ihrem Grundstücke nichts erworben hätten. Der Angeklagte entgegnete darauf zu B.: „Wenn Frankreich nicht gebilligt (bejaht) hätte, hättest du dein Grundstück auch nicht erworben“, brauchte außerdem beleidigende Ausdrücke gegen B. — Dieser hat den Freitag 1870/71 mitgemacht. — Der Brauereibesitzer B. und andere mischten sich in den Streit und ermahnten den Angeklagten, doch Frieden zu halten. Er lärmte aber weiter und äußerte, so daß alle Anwesenden es hörten: „Für mich blänkt Frankreich nicht, ich war nicht in Frankreich mit langen Fingern. Die in Frankreich waren, können trachten, die haben Geld. Unser König hat lauter Spitzbuben in Frankreich gehabt, wie du. Die in Frankreich waren, waren alle Spitzbuben, solche kann der Kaiser gebrauchen.“ Wegen dieser Äußerungen hatte der Vorstand des Deutschen Arbeiterbundes einen Strafantrag wegen Beleidigung gestellt und Symanski wurde vom Graudenz-Schöffengericht wegen öffentlicher Beleidigung zu 200 Mk. Geldstrafe verurtheilt. Er legte Berufung ein und die Strafkammer hob das erste Urtheil auf, weil der Vorstand des Arbeiterbundes nicht zur Stellung eines Strafantrages berechtigt ist. Nunmehr hat der Kriegsminister den Strafantrag gegen den Angeklagten gestellt. Das Schöffengericht zu Graudenz hat am 28. Januar d. J. nochmals dahin erkannt, daß der Angeklagte wegen öffentlicher Beleidigung derjenigen Mitglieder der preussischen Armee, welche den Freitag 1870/71 mitgemacht haben, zu 200 Mk. Geldstrafe zu verurtheilen sei. Symanski legte wiederum Berufung ein, doch wurde diese von der Strafkammer des Landesgerichts verworfen.

Elbing, 19. April. Strafgefängnisse aus Danzig und Graudenz, welche wegen Ueberfüllung der heimischen Gefängnisse dem hiesigen Gerichtsgelände zur Strafbefugung überwießen wurden, mußten sich auf der Aufstellung Rudolfschiffen Spirituosen zu verschaffen und widerstehen sich in trunkenem Zustande gegen den Gefängnisinspector, so daß es dem persönlich erscheinenden Gefängnisinspector nur mit Mühe gelang, die Excentriker in das Gefängnis zurück zu geleiten. Im Gefängnis selbst widerstehen sich dieselben nochmals gegen den dortigen Aufseher, verletzen denselben nicht unerheblich, beschädigten das Zelleninventar und konnten nur mit blanker Waffe übermächtig werden.

Rönigsberg, 19. April. Durch einen Mauerereignis bei dem im Abbruch begriffenen Wohnhause Sternwartstraße Nr. 17 sind gestern Mittag drei Männer verunglückt. Der Fuhrmann Gottlieb Minnowski, welcher von dem Fundament einer Wand Schutt fortnahm und dabei die letztere gelockert haben mag, erlitt einen Bruch des rechten Beins und mußte nach dem hiesigen Krankenhaus gebracht werden. Die beiden anderen Verunglückten sind weniger schwer verletzt. (A. S. 3.)

Rönigsberg, 19. April. Ein größerer Mauerfund, man spricht von an 3000 Stücken, ist bei dem Abbruch des Gebäudes Eigenstraße Nr. 7 gemacht worden. Die Münzen, meist aus dem Anfang dieses Jahrhunderts, sind wahrscheinlich während der französischen Besatzung

an dem jetzigen Fundorte zwischen den Stubenbecken verstreut worden.

Memel, 18. April. Am Sonnabend Nachmittag stiegen im Nachbarort Grumbeln mächtige Rauchwolken auf. In wenigen Minuten waren etwa 50 Mann, sowie die neue Spritze auf der Brandstelle. Ein schauriger Anblick bot sich den Zuschauern: standen doch in etwa 30 Minuten 15 Gebäude im Flammen, denen bei dem herrlichen Sturm kein Einhalt geboten werden konnte. Bei der Schnelligkeit des Brandes konnte nichts gerettet werden. Alles Saatgetreide, Stroh, Futter, Wirtschaftssachen, Stubengeräthe wurden ein Raub der Flammen. Einige Schweine sind mitverbrannt.

Heidenburg, 18. April. Ein wahrhaft entsetzliches Verfall hat sich in dem Dorfe Gaidellen bei Heidenburg ereignet. Dort hatte die Rührerfrau S. ein Kind geboren, was sie ihrem Manne aus bisher unbekannten Gründen verheimlichen wollte. Auf seine Nachforschungen gab die Frau ihm schließlich die Auskunft, daß ihr das Schwein das neugeborene Kind „weggerissen“ und aufgefressen habe, die Reste der kleinen Leiche seien dann von ihr in der Aischengrube vergraben worden. Die letztere Angabe erwies sich auch als richtig.

Bromberg, 20. April. Ueber den gestern bereits telegraphisch gemeldeten Mord an der Witwe Pauline Bubolz sind nach der „Ost. Pr.“ inzwischen folgende nähere Umstände ermittelt worden:

In der Nacht wurde der Bruder der Ermordeten, der Drehscheibler Randohe, durch Pochen an das Fenster aus dem Schlaf geweckt. Er erkannte draußen die Witwe Limbach, die mit seiner Schwester zusammen wohnte und die ihm mittheilte, Frau Bubolz liege im Sterben und verlange nach ihrem Bruder. Randohe und seine Frau kleideten sich sofort an und machten sich auf den Weg nach der Brahegasse. Sie fanden die Frau Bubolz bereits todt vor, und zwar in einem entsetzlichen Zustande: die linke Halsseite war durchbohrt und blutig, die Nase dicht aufgeschwollen. Blut-schäum stand vor dem Munde und auch das Bett war mit Blut bedeckt. Der herbeigerufene Arzt constatirte, daß Frau Bubolz ermordet worden sei. Ohne Zweifel liegt ein Mord vor. Der That verdächtig sind zwei Frauenpersonen, die bei der Ermordeten wohnten, die erwähnte Witwe Limbach und eine gewisse Marie Mich. Es ist festgestellt, daß die drei Frauen gestern viel Branntwein getrunken haben. Die Sachen in der Stube waren durchwühlt und in Unordnung.

Y Bromberg, 20. April. (Tel.) Die oben genannte Marie Mich ist bereits aus der Haft entlassen, da der Verdacht gegen sie sich als unbegründet herausgestellt hat. Die Witwe Limbach wird noch festgehalten. Die Section der ermordeten Bubolz erfolgt heute.

Vermischtes.

Berlin, 19. April. Unter dem Verdachte, den Mord in der Hasenheide verübt zu haben, ist bei Königsmusterhufen der frühere Student der Rechte, Walter Sanh, der in Berlin bei seinen Eltern in der Solmsstraße wohnte, verhaftet worden. Sanh hat gestanden, den Mord verübt zu haben; es erscheint aber vor der Hand noch sehr zweifelhaft, ob diesem Geständnis Werth beizulegen ist. Der Verhaftete ist offenbar geistesgestört; er hat auch schon früher Aufnahme im Irrenhause gefunden.

Berlin, 20. April. Bezüglich des Mordes in der Hasenheide hält die Criminalpolizei den verhafteten irrsinnigen Studenten trotz seines Geständnisses nicht für den Thäter, sondern glaubt nach wie vor, daß der vielgesuchte „Emil“, der ehemalige Bräutigam des Opfers, als muthmaßlicher Thäter in Frage komme.

Die Affaire Grünenthal wird voraussichtlich im Juli, also jedenfalls noch vor den Gerichtsferien, das Schurmergericht beschäftigen.

Kiel, 19. April. Bei Schagen wurden von dem Panzer „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ drei Motoren durch eine Sturzwelle über Bord gespült, einer davon, ein verheirateter Obermatrose, ist ertrunken.

Wien, 20. April. Im Börsengebäude brach gegen 2 Uhr Nachts ein Dachbrand aus, bis jetzt nicht ermitteltem Grunde aus, welcher einen erheblichen Schaden an dem Dachstuhl und dem Plafond des großen Börsensaals anrichtete. In den Vormittagsstunden gelang es, den Brand vollständig zu bewältigen. Wegen der Schäden im großen Börsensaal wurde die Verlegung des Effecten-Geschäfts in den Saal der Maarenbörsen verlegt.

Newyork, im April. Ein höchst originelles Hochzeits- oder vielmehr Brautpaar-Gebräuch ist unlängst von einem etwas excentrischen Brautpaar in unserem für solche Ideen sehr empfänglichen Yankee-land eingeführt worden. Die Clarence Mackay und seine Auserwählte Miss Caroline Duer aus Newyork haben sich vor kurzem auf eine „hochzeitliche“ Honigmonatsreise durch ganz Canada gegeben, die erst zwei Tage vor dem für die Hochzeit festgesetzten Termin ihr Ende erreichen soll. Selbstverständlich reisen die jungen Leuten in Begleitung, und zwar besteht diese Begleitung nicht nur in einer älteren Anstands-dame, sondern noch in einem ganzen Trupp junger Damen und Herren aus der besten Gesellschaft Newyorks. Unter den reisenden Brautjungfern befindet sich auch die berühmteste Schönheit der nordamerikanischen Metropole, Miss Daisy Leiter, und die reichste californische Erbin, die reiche Miss Mary Goggin. Der für diese eigenartige Reisegeellschaft hergerichtete Zug ist mit größtem Luxus und allen nur erdenklichen Bequemlichkeiten ausgestattet. Außer einem Salon, einem Speisesaal und mehreren kleineren Abtheilungen enthält der Zug für je zwei Damen oder zwei Herren herrliche Schlaf-coupees, mehrere Badezimmer etc. Von den kostbaren Gefchenken, die das Brautpaar am Tage der Abreise von allen Seiten erhielt, erregte ein überaus werthvolles Reiseecessaire aus der schillernden Haut einer südamerikanischen Schlange die Bewunderung selbst der vermögtesten Freundinnen der Braut. Sämmtliche Flacons und Büchsen sind mit schwebelnden Gläsern und Deckeln versehen, auf denen das Monogramm des glücklichen Paares in echten Diamanten prangt. Eine detartige Hochzeitsreise vor der Trauung werden sich aber — wenn diese Götter wirklich Eingang finden sollte — jedenfalls nur die obersten der oberen Tausend leisten können.

* [Die Andree-Expedition aufgeföhoben.] Wie aus Stockholm gemeldet wird, hat Herr Stading, der Führer der schwedischen Expedition zur Auf-findung Andrees, vorläufig die für nächsten Mittwoch geplante Abreise aufgeföhoben. Er ist der Ansicht, daß die Gerüchte von einem Auf-tauchen Andrees in Alaska, namentlich im Hinblick auf die geäußerten Meinungen verschiedener bedeutender Geographen, nicht ganz grundlos seien, und will vorläufig noch einige weitere Nachrichten aus Alaska, wenn diese ihm im Laufe der nächsten

Soppor, Oberdorf
Garten - Grundstücke, Danziger-
Straße 21, Pommersche Str. 17 u.
Scheinfeldstraße wegen Ueber-
bürdung billig zu verkaufen. An-
zahlung sehr gering. Käufer be-
ziehen sich bei mir zu melden.
(5864) **Behrend.**

Ich beabsichtige mein Geschäft
Gasthaus Legan
zu verkaufen. (7927)

Frau Drossel,
Brunshöfenerde Nr. 2.

(von Rachals und Schiebener)
stehen bei Herrn Siegel,
Heilige Geistsgasse Nr. 118,
zum Verkauf. (5913)

Ein neuer, schwarzer Rod
mit Weste und grauem Beinkleid
ist billig zu verkaufen Heilige
Geistsgasse 106, 2 Treppen. (7924)

Ertragene Herrenkleider
werden zu höchsten Dreien an-
gekauft. Adressen unter D. 230
an d. Expedition d. Zeitung er.